

Volkshochschule
Breslau 1922.
Telegramme
Wanderer Gleiwitz.
Gerichtshaus
Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.
Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberl. 300000 poln. M.



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien für auswärtige Anzeigen die einpaltige mm-Seite 0,12 1/2 GM, im Restamteil 0,40 GM für einpaltige Anzeigen die einpaltige mm-Seite 0,12 1/2 GM, amtl. Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auktionsvermittlung 0,10 GM. — Beilagengebühr 4.— GM/100. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung für

Die Regierung zurückgetreten

Berlin, 26. Mai. (Telunio). Die Reichsregierung hat einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinet mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte betraut.

Berlin, 27. Mai. (Sig. Ber.) Die in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai abgegebene Demission des Reichskabinetts hat die innenpolitische Lage in Deutschland nur wenig entspannt, weil die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten, sondern auch der bürgerlichen Parteien, der Demokraten und des Zentrums findet. Die Berufung des Parteiführers zum Reichspräsidenten wird erst heute Nachmittag erfolgen, da Herr Reichskanzler Dr. Marx zum ausführlichen Bericht zu sich geladen hat.

große Notensammer

SS Gleiwitz, 26. Mai.
Großer Notensammer geht durch die Welt. Selbstmorde in steigender Zahl und mannigfacher Art bereiten eine neue Welt, an die merkwürdigerweise niemand so vorher geglaubt hat. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind von den Folgen des Krieges hergeleitet worden und es wird uns täglich klar, daß es sich jetzt rein wirtschaftlich betrachtet um eine Gesundungsmaßnahme handelt, eine die gewisse Maßnahmen, durch die wir ebenso hin- und hergerissen werden, um wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen und das Wirtschaftsleben in geordneten Bahnen aufzubauen. Wer ist es damit gemeint? Kann etwa die Selbstmord-Epidemie mit wirtschaftlichen Motiven begriffen werden? Jenseits spielt Dazwischen mit, aber man muß nach ein wenig tiefer graben, um an die Ursachen der unheimlichen Erscheinungen zu rühren und da wäre zu sagen:

Der Parteitritt geht weiter

Die Gewerkschaften gegen die Monarchisten

Ob. Berlin, 27. Mai. (Sig. Ber.) Ein Vorstoß der Gewerkschaften gegen eine Übertragung der Kanzlerschaft an die Deutschnationalen ist gestern Abend beschlossen worden. Vertreter der Gewerkschaften erheben sich heute Mittag zum Reichspräsidenten, um ihm von der Erregung der arbeitenden Bevölkerung zu machen gegen eine Wiederkehr der Anhänger der früheren Monarchie in leitende Stellung der Republik.

Lösung oder Katastrophe?

Berlin, 26. Mai. Aus Kreisen der christlichen Gewerkschaften des Ruhrgebietes erhalten wir folgenden Bericht:
Der Wochenwechsel hat eine erschreckende Verschärfung der Streiklage im ganzen Ruhrgebiet gebracht. Trotz der Maßnahmen der Zechenverwaltungen gegen „Hausfriedensbruch“, trotz aller Polizeistreifen und Verhaftungen nimmt die Behinderung der Rohstanzarbeiten überhand. In einzelnen Zechen stehen die Kohlen der Gruben bereits unter Wasser. Die Bergwerke kommen also in die Gefahr des Erlausens. Der Bochumer Verein läßt zwar unter großen Opfern weiterarbeiten, aber der nachgehende Kohlenmangel ist unheimlich. Wenn schon die Kruppwerke bekannt geben, daß sie damit beginnen müssen, den Betrieb einzustellen, so weiß man, was die Glöde geschlagen hat. Für die Rheinisch-Schiffahrt haben die Kohlenzufuhren fast ganz aufgehört. Die wenigen Mengen, die noch verschifft werden, sind Reparationskohle, die die Franzosen und Belgier für sich zu retten suchen. Auch die Kanäle verfallen. Außer ein paar Erzfrachten ist nichts mehr zu sehen. Die wirtschaftliche Katastrophe wird auch hier offenbar.

Abkündigung der Lohnherhöhung

Ob. Berlin, 27. Mai. (Sig. Ber.) Die Berliner Arbeitgeberverbände lehnten die geforderte 30-prozentige Lohnherhöhung ab, da sie untragbar sei und die Auslandsaufträge nur noch zu Preisen einkaufen, die weit unter den bisher üblichen Verkaufspreisen liegen.

Auslands keine Freundschaft

R. Rotterdam, 27. Mai. (Privatteil.) Die Morningpost meldet indirekt aus Moskau: Der große Sowjet hat einstimmig beschlossen, die eventuelle Wiederaufnahme von Beziehungen zu Frankreich von einer französischen Anleihe an die Sowjetregierung abhängig zu machen.

Der Streik selbst ist auf dem toten Punkt angelangt.

Die Einigungsverhandlungen in Essen sind gescheitert. Zechenverband und Bergarbeiter stehen sich wie zwei feindliche Heere vor der Entscheidungsschlacht gegenüber. Der Zechenverband wiederholte den Antrag auf Verhandlungserklärung des Schiedsrichters vom 16. Mai. Half alles nichts, die Vertreter der Arbeit gaben nicht nach und erklärten, daß die Verbindlichkeit, wenn sie ausgesprochen wird, nur eine weitere Verschärfung der Lage herbeiführe. Der Kampf geht also weiter. Wer hilft den Bergarbeitern? Das in Brüssel tagende Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat den streikenden Grubenleuten in Deutschland weitestgehende Unterstützung versprochen. In neutralen Ländern, vor allem in Holland, hat man mit der Organisation einer großen Hilfsaktion für die deutschen Bergarbeiter begonnen. Aber diese ausländischen Hilfen kommen meistens zu spät und haben nicht viel auf sich. Wie steht es im Inland? Das unbefestigte Deutschland steht gegenwärtig in einer schweren Finanzkrise. Niemand hat Geld. Das Bürgertum steht selber zurzeit in schwerster Not und Sorge und kann den Arbeitern nicht helfen. Das Bürgertum mußte auch mit Schrecken erkennen, daß hinter dem angeblichen Lohnstreik eine neue Aktion des russischen Bolschewismus steckt. Der gemeinsame Aufruf der vier Bergarbeiterverbände hat es ja selbst gesagt, daß auftauchende Sendboten des Kommunismus an die Ruhrbergeleute herantreten mit der Aufforderung, Umänderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Und der Betriebsrätekongress der „Union für Hand- und Kopfarbeiter“ hat einstimmig den Beschluß gefaßt: Sozialisierung der Betriebe und ein Bündnis mit Katerufland.

Neue Kontur

Ob. Berlin, 27. Mai. Die letzte Woche hat in Reichsgebiet 23 neue Kontur, in Berlin allein 11 Kontur gebracht.

Wetten

R. Rotterdam, 27. Mai. (Privatteil.) Der Sportant meldet aus London: Bei Lloyd wurden am Samstag politische Wetten abgeschlossen für ein Kabinet Herrit 4 gegen 1, für eine Kabinetung der Ruhr bis 1. Oktober d. J. 3. 1 gegen 5.

Poincaré Kampfakt

R. Rotterdam, 27. Mai. (Privatteil.) Daily Telegraph meldet aus Paris: Poincaré hat seine Absicht, vom politischen Leben vorläufig zurückzutreten, aufgegeben. Bei der Einweihung des Erdendenkmals auf dem Place Mabeleine sagte Poincaré, die nationale Stunde verlange alle Freunde Frankreichs an die parlamentarische Front. Er werde auch als Abgeordneter mit derselben Energie für Frankreichs Wiederaufmachung und Wiederaufbau eintreten wie als Ministerpräsident.

Bankrotterien im Bankgewerbe

Ob. Berlin, 27. Mai. (Sig. Ber.) Die Staatsanwaltschaft hat eine Unterredung gegen alle jene Bankhäuser eingeleitet, die, um den Bankrott abzuwenden, sich unter Geschäftsaufsicht gestellt haben. In Berlin kommen 22 fallierte Banken in Frage. Veranlassung zu der Massenuntersuchung gaben die Vorgänge beim Berliner Bankhaus Sachs, Warschauer & Co., wo über die Hälfte der von den Kunden anvertrauten Geldern für unerlaubte Franken-Spekulationen veruntreut worden sind, während die Geschäftsinhaber für den Rest der Einlagen sich Grundstücke, Bienen usw. kauften. Die Ermittlungsverfahren wegen Betruges erstrecken sich auch auf die Angestellten wegen versuchter Beihilfe und Begünstigung.

Frankreich wartet ab

Ob. Genf, 27. Mai. (Sig. Ber.) Wie das Pariser Echo gestern Abend meldet, hat der Präsident der Republik, Millerand, die offizielle Berufung der Parteiführer zu Besprechungen über die Rabinettfrage zurückgestellt, um zunächst die Regierungsbildung in Deutschland abzuwarten.

Abbau der Polizei

G. Berlin, 27. Mai. (Privatteil.) Der preussische Innenminister hat den Beamtenabbau auch in der preussischen Polizei aufgenommen. Im Berliner Polizeipräsidium ist seit dem 1. Mai der größte Teil der früheren blauen Polizei zum Abbau gekommen, namentlich ist auch eine Anzahl Kommissaren und höheren Beamten des Präsidiums der Abbau zum 1. Juni aus Ersparnisgründen mitgeteilt worden. Mit dem Abbau im Lande wird begonnen.

Fürst Bülow dankt ...

Ob. Zürich, 27. Mai. (Privatteil.) Der Secolo meldet aus Rom: die römische Tribuna hat einen Mitarbeiter zu Fürst Bülow geschickt. Fürst Bülow gab die bestimmte Erklärung ab, er denke bei seinem hohen Alter an keinen Wiedereintritt in das politische Leben Deutschlands.

Frankreich wartet ab

Ob. Genf, 27. Mai. (Sig. Ber.) Wie das Pariser Echo gestern Abend meldet, hat der Präsident der Republik, Millerand, die offizielle Berufung der Parteiführer zu Besprechungen über die Rabinettfrage zurückgestellt, um zunächst die Regierungsbildung in Deutschland abzuwarten.

Abbau der Polizei

G. Berlin, 27. Mai. (Privatteil.) Der preussische Innenminister hat den Beamtenabbau auch in der preussischen Polizei aufgenommen. Im Berliner Polizeipräsidium ist seit dem 1. Mai der größte Teil der früheren blauen Polizei zum Abbau gekommen, namentlich ist auch eine Anzahl Kommissaren und höheren Beamten des Präsidiums der Abbau zum 1. Juni aus Ersparnisgründen mitgeteilt worden. Mit dem Abbau im Lande wird begonnen.

Abbau der Polizei

G. Berlin, 27. Mai. (Privatteil.) Der preussische Innenminister hat den Beamtenabbau auch in der preussischen Polizei aufgenommen. Im Berliner Polizeipräsidium ist seit dem 1. Mai der größte Teil der früheren blauen Polizei zum Abbau gekommen, namentlich ist auch eine Anzahl Kommissaren und höheren Beamten des Präsidiums der Abbau zum 1. Juni aus Ersparnisgründen mitgeteilt worden. Mit dem Abbau im Lande wird begonnen.

Abbau der Polizei

G. Berlin, 27. Mai. (Privatteil.) Der preussische Innenminister hat den Beamtenabbau auch in der preussischen Polizei aufgenommen. Im Berliner Polizeipräsidium ist seit dem 1. Mai der größte Teil der früheren blauen Polizei zum Abbau gekommen, namentlich ist auch eine Anzahl Kommissaren und höheren Beamten des Präsidiums der Abbau zum 1. Juni aus Ersparnisgründen mitgeteilt worden. Mit dem Abbau im Lande wird begonnen.

Vorfälligkeit nicht nachweisbar

Ob. Berlin, 27. Mai. (Privatteil.) Wie wir erfahren, ist die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Massenuntersuchung gegen Berliner Banken wegen unrechtmäßiger Gebührenerhebung (Zinsszinßen) in den letzten Tagen eingestellt worden, da die Vorfälligkeit der Schwadung nicht nachweisbar ist. Die Ungültigkeit der Zinsszinßenberechnung bleibt jedoch unbestritten.

Der türkisch-französische Grenzzwischenfall

(Zürich, 27. Mai. (Privatteil.) Der Corriere della Sera meldet aus Konstantinopel: Die Regierung hat Truppenverstärkungen nach der syrischen Grenze geschickt. Zurkief, der türkische Grenzort, hat durch die französische Beschießung großen Schaden erlitten. In Zurkief wurde eine türkische Artillerieabteilung stationiert. Die Note an Frankreich verlangt Wiedergutmachung, Entschädigung und Zurückziehung der französischen Truppen in 50 Kilometerumkreis der türkisch-syrischen Grenze.

Die Besondere...
Wanderer...
Gleiwitz...